

Sitzung vom 21. November 2007

1730. Dringliche Anfrage (Wiederkehrender Pflegepersonalmangel)

Die Kantonsrätinnen Barbara Bussmann, Volketswil, Heidi Bucher-Steinegger und Maleica-Monique Landolt, Zürich, haben am 29. Oktober 2007 folgende dringliche Anfrage eingereicht:

Erneut zeichnet sich ein Pflegepersonalmangel im Kanton Zürich ab. Betroffen davon sind die Patientinnen und Patienten, das Gesundheitspersonal und letzten Endes alle Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Zürich.

Bereits im Jahr 2001 hatten der Kanton Zürich bzw. einige Spitäler, Klinken und Heime einen akuten Pflegepersonalmangel. In allen umliegenden Ländern wurde Personal rekrutiert und für eine Vermittlung mit Vertragsabschluss einer/eines Pflegefachfrau/-mannes wurden bis 1000 Franken Prämie bezahlt.

Auch jetzt gibt es wieder viele offene Stellen, die über lange Zeit nicht mit genügend qualifiziertem Personal besetzt werden können. Als Folge müssen wieder Betten geschlossen und geplante Operationen abgesagt werden, da die nachfolgende Versorgung nicht gewährleistet werden könnte. Für die Patientinnen und Patienten entstehen längere, allenfalls unangenehme Wartezeiten, bei den Spitälern und Kliniken führt das zu Einbussen bei den Einnahmen.

Laut Prognosen werden im Jahr 2010 ca. 100 diplomierte Pflegefachfrauen und -männer weniger ihre Ausbildung abschliessen. Dies ist eine direkte Folge der neuen Ausbildungsregelung. Die Ausbildungsprogramme zur Pflegefachperson DN II wurden bereits eingestellt oder laufen demnächst aus. Sie werden ersetzt durch die Programme an der Höheren Fachschule für Pflege (Pflegefachfrau/-mann HF). Da der Andrang zur neuen Ausbildung nicht den Erwartungen bzw. Prognosen entspricht, reduziert sich die Anzahl der Berufseinsteigerinnen deutlich. Die Absolventinnen und Absolventen der neuen Berufsausbildung zur/zum Fachangestellten Gesundheit (FaGe) können diese Lücke nur teilweise schliessen, da ihre erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen nicht denen einer Pflegefachperson HF entsprechen. Der Studiengang Pflege an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaft (ZHAW) fand ebenfalls (noch) nicht den erhofften Anklang, er startete vor einem Jahr mit lediglich 25 Studierenden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele offene Stellen gibt es zurzeit im Kanton Zürich in den subventionierten Spitälern, Heimen, Kliniken und in der Spitex?
Wir bitten hier um eine Aufschlüsselung:
 - Oberes und mittleres Kader
 - Pflegefachfrauen und -männer
 - FAGE
 - Pflegeassistentin
2. Wie hoch werden die Lernenden/Studierenden im Stellenetat gezählt?
Wir bitten hier um eine Aufschlüsselung:
 - DNI
 - DN II / HF Pflege
 - FAGE
 - Pflegeassistentin
3. Wie hoch ist die Fluktuation für die Jahre 2001 bis Mitte 2007 in den kantonal subventionierten Spitälern, Heimen, Kliniken und in der Spitex?
Wir bitten hier um eine Aufschlüsselung:
 - Oberes und mittleres Kader
 - Pflegefachfrauen und -männer
 - FAGE
 - Pflegeassistentin
4. Wie hoch belaufen sich die Kosten, die durch den Personalmangel für den Kanton Zürich entstehen: für Rekrutierungsmassnahmen (z. B. Inserate, Auslagerung von Aufgaben, Suche/Rekrutierung von geeignetem Personal, Schulung, Knowhow-Verlust, Rekrutierung aus dem Ausland, Prämien); wegen Bettenschliessungen usw.; für Ausfälle infolge Überlastung (Fehlzeiten, Burnout, Krankheit)?
5. Welche Massnahmen plant der Regierungsrat, um dem Pflegepersonalmangel entgegenzuwirken und wie sehen diese Pläne aus? Wenn keine Massnahmen geplant sind, welches sind die Gründe?
6. Wie hoch ist der Stellenschlüssel in den kantonal subventionierten Spitälern, Heimen, Kliniken und in der Spitex im Jahr 2007?
Wir bitten hier um eine Aufschlüsselung:
 - Oberes und mittleres Kader
 - Pflegefachfrauen und -männer
 - FAGE
 - Pflegeassistentin
7. Hat sich der Stellenschlüssel in den letzten fünf Jahren verändert, wenn ja, wie?

Auf Antrag der Gesundheitsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die dringliche Anfrage Barbara Bussmann, Volketswil, Heidi Bucher-Steinegger und Maleica-Monique Landolt, Zürich, wird wie folgt beantwortet:

Die Personalsituation bei den Berufen der Gesundheitspflege wird genauso wie in anderen Berufszweigen von den konjunkturellen Entwicklungen beeinflusst. Entsprechend ist die Rekrutierungssituation im Gesundheitssektor – wie in den übrigen Wirtschaftszweigen auch – immer wieder Schwankungen unterworfen. Die Gesundheitsdirektion verfolgt diese Entwicklung ständig und sorgfältig, insbesondere auch im sensiblen Pflegebereich. Entsprechend wird die Rekrutierungssituation in den beiden Konsultativorganen der Gesundheitsdirektion, der Kommission «Betriebliche Gesamtleitungen Spitex» und der «Pflegedienstkommission», in der sowohl der Langzeit- als auch der Akutbereich vertreten sind, regelmässig thematisiert. Nachdem der Stellenmarkt während mehrerer Jahre sehr komfortabel zu Gunsten der Arbeitgeber ausgefallen ist, wird zurzeit die Rekrutierungssituation als allgemein eher angespannt beurteilt. Statt Wartelisten mit Stellenbewerbenden zur Verfügung zu haben, bedarf es seit Kurzem wieder vermehrter Anstrengungen bei der Besetzung von vakanten Stellen. Es kann vorkommen, dass Stellen vereinzelt nicht nahtlos wiederbesetzt werden können, was in diesem Bereich jedoch nichts Aussergewöhnliches ist. Die Job-Rotation liegt bisher noch im Rahmen des Üblichen. Derzeit sind beispielsweise in den Spitälern Kantonsspital Winterthur und Stadtspital Triemli von insgesamt 450–500 Stellen rund 10 bzw. 15 Stellen im Pflegebereich nicht besetzt. Für den im Sommer dieses Jahres eröffneten Forensikneubau in der Rheinau konnte das benötigte Pflegepersonal termingerecht angestellt werden.

Mit Inkraftsetzung der neuen Bildungssystematik ist die Anzahl Lernender und Studierender in den Gesundheitsberufen vorübergehend leicht zurückgegangen. Inzwischen hat sich die durch veränderte Bildungslandschaft hervorgerufene Verunsicherung mit Bezug auf die Ausbildungsgänge und die beruflichen Perspektiven bei den Schulabgängerinnen und -abgängern, den Berufsberatungen und den Arbeitgebenden gelegt. Die Rekrutierungssituation kann allgemein als gut bezeichnet werden. In der Pflegeausbildung HF übertrifft die Anzahl Studierender gar die entsprechenden Planzahlen. Die gegenüber der ehemaligen Pflegeausbildung um rund 100 tiefer veranschlagte Anzahl Studierender ist dadurch gerechtfertigt, dass die Integration des neuen

Berufs «Fachangestellte Gesundheit» Verschiebungen in den zahlenmässigen Anteilen der einzelnen Berufsfelder und ihrer Tätigkeitsgebiete nach sich zieht. Dabei ist sich die Gesundheitsdirektion bewusst, dass die Wahrung der Qualität der Gesundheitsversorgung ursächlich mit der Qualität der Ausbildung des Personals und den Arbeitsbedingungen zusammenhängt.

Zu Fragen 1, 3, 6 und 7:

Die Einführung der Globalbudgets und der Leistungsaufträge an den Spitälern hat die frühere Steuerung über detaillierte bzw. konkrete Stelleneinreichungen abgelöst. Entsprechend obliegt der Gesundheitsdirektion nur noch die Aufsicht über die Stellenpläne; nicht mehr jedoch über die konkrete Zusammensetzung der Personalkörper. Eine Folge davon ist, dass detaillierte Kennzahlen zum konkreten Bestand der Mitarbeitenden bei den einzelnen Betrieben besonders zu erheben wären, was innert der für eine dringliche Anfragebeantwortung zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich war.

Eine einheitliche Statistik über die Anzahl offener Stellen in den Gesundheitsberufen wird aber auf 1. Januar 2008 – vorerst bei den kantonalen und staatsbeitragsberechtigten Spitälern – eingeführt. Dementsprechend werden erste Auswertungen und Vergleiche im Laufe des nächsten Jahres möglich sein. Sollte es sich in der Folge zeigen, dass weitere Kennzahlen für die Sicherstellung des Versorgungsauftrags erforderlich sind, wird eine angemessene Erweiterung der zu erhebenden Daten geprüft.

Betreffend die Fluktuationsrate kann auf die Beantwortung vom 8. Februar 2006 der Anfrage KR-Nr. 330/2005 betreffend Auswirkungen impliziter Rationierung auf die Pflegequalität und die mögliche Gefährdung der Patientensicherheit verwiesen werden. Die in diesem Zusammenhang durchgeführte Umfrage in den öffentlichen und staatsbeitragsberechtigten Spitälern und Kliniken des Kantons Zürich zeigte, dass die Fluktuationsrate des Pflegepersonals in den letzten Jahren stetig gesunken ist und im Durchschnitt bei rund 20% pro Jahr lag. Die Fluktuationsrate liegt bei den Gesundheitsberufen stets tendenziell höher als in anderen Berufen. Bei den Berufen des Gesundheitswesens gehören Stellenwechsel – unter anderem auf Grund vergleichbarer Anstellungsbedingungen und einer Vielzahl von Entwicklungsmöglichkeiten – zum normalen beruflichen Werdegang.

Zu Frage 2:

Die Gesundheitsdirektion gewichtet das Personal in Ausbildung gemäss bisheriger Bildungssystematik folgendermassen: Studierende «Pflege» – unabhängig vom jeweiligen Studienjahr – mit 30%, Pflegeassistentinnen und -assistenten in Ausbildung mit 40%.

Lernende, deren Ausbildungen durch das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) geregelt wird, werden in der kantonalen Verwaltung grundsätzlich ausserhalb des Stellenplans geführt. Entsprechend gilt dies auch für die Lehrstellen «Fachangestellte Gesundheit». Die Gesundheitsdirektion hat die kantonalen und staatsbeitragsberechtigten Spitäler und psychiatrischen Kliniken sowie die Alters-, Kranken- und Pflegeheime im Kanton bereits mit Schreiben vom 27. Februar 2004 entsprechend beauftragt bzw. ermächtigt.

Mit der geringen Gewichtung der Studierenden «Pfleger» und der Pflegeassistentinnen und -assistenten in den Stellenplänen sowie der Möglichkeit, FaGe-Lernende ausserhalb des Stellenplans zu führen, wird die Attraktivität für das Anbieten von Ausbildungsplätzen gefördert. Die Einführung der Globalbudgets bei den kantonalen und den staatsbeitragsberechtigten Betrieben hat zudem den erforderlichen Handlungsspielraum in der operativen Personalführung geschaffen.

Zu Frage 4:

Es liegen keine konkreten Angaben zu Zusatzkosten vor, die durch die angespanntere Personalsituation notwendig werden. In der Praxis wäre eine trennscharfe Aufspaltung wohl auch kaum ausweisbar. Auch die Kosten für vermehrte Inserate infolge des ausgetrockneteren Arbeitsmarktes konnten sodann in der kurzen für die Anfragebeantwortung zur Verfügung stehenden Zeit nicht erhoben werden.

Zu Frage 5:

Die Gesundheitsdirektion ist sich bewusst, dass die Rekrutierungssituation, auch wenn sie sich zurzeit nicht als bedrohlich darstellt, weiterhin genau und aufmerksam zu beobachten ist. Die Massnahmen zur Förderung und Bewerbung der Gesundheitsberufe werden weitergeführt und ihre Ausdehnung falls erforderlich geprüft. Gemeinsam mit den betrieblichen Kommissionen der Gesundheitsdirektion wird regelmässig geklärt, welcher weiteren Interventionen es allenfalls bedarf, um den Personalbestand sicherzustellen und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Seit dem Jahr 2001 übernimmt die Gesundheitsdirektion die gesamten Kurskosten für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger in die Pflege und in weitere Gesundheitsberufe, sofern die Absolventin bzw. der Absolvent sich zu mindestens 50% in einem Zürcher Spital oder einer Spitexorganisation anstellen lässt. Zudem beteiligt sich die Gesundheitsdirektion finanziell am so genannten Passerellen-Programm, in dem sich Pflegendende mit einem Fähigkeitsausweis SRK zur Pflegefachfrau DN I weiterbilden lassen können. Im Weiteren finanzieren die Gesundheitsdirektion und die Bildungsdirektion mit je Fr. 180 000 die

Tätigkeit der Arbeitsgruppe «Koordinierte Personalwerbung», welche die Bewerbung des Images der Gesundheitsberufe zum Inhalt hat. Ferner leistet die Gesundheitsdirektion an den Betrieb von spitalinternen Kinderkrippen und an den Einkauf von Plätzen in betriebsfremden Kinderkrippen Staatsbeiträge von Fr. 35 pro Kind und Betreuungstag. Die Gesundheitsdirektion finanziert schliesslich die jährlich stattfindende Berufsmesse «Gesundheitsberufe der Sekundarstufe II» in der Messe Zürich und beteiligt sich an der jährlichen Bildungsmesse, an der die Gesundheitsberufe der Tertiärstufe im Zürcher Hauptbahnhof beworben werden. Sodann hat sich die Gesundheitsdirektion bei den Spitälern, Heimen und Spitexorganisationen mit Schreiben vom 6. April 2004 mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass vermehrt Lehrstellen angeboten werden. Bei den kantonalen und staatsbeitragsberechtigten Spitälern wurden bei der Einführung des neuen Berufs FaGe mit Schreiben vom 30. Juni 2005 konkrete Zahlenvorgaben bezüglich der zur Verfügung zu stellenden Ausbildungsplätze für die entsprechenden Lernenden erlassen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Gesundheitsdirektion.

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Husi